

22.03.2022

Stahlindustrie warnt vor den Folgen eines Erdgasembargos für die Versorgung mit Industriegütern

Die Stahlindustrie in Deutschland unterstützt die Politik der Bundesregierung, sich schnellstmöglich aus der Energieabhängigkeit von Russland zu lösen, alternative Versorgungswege zu etablieren und den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Sie steht auch hinter den eingeführten Wirtschaftssanktionen.

Zugleich warnt die Stahlindustrie ausdrücklich vor den Folgen eines insbesondere auf Erdgas ausgerichteten Embargos. Ohne Erdgas aus Russland wäre eine Stahlproduktion zurzeit nicht möglich. Die Stahlindustrie ist mit 40 Millionen Tonnen Rohstahlproduktion der größte Hersteller in der EU und der achtgrößte Produzent weltweit. Stahl ist zudem der Basiswerkstoff und Ausgangspunkt nahezu aller industriellen Wertschöpfungsketten. Ein unmittelbarer Importstopp von russischem Gas würde daher nicht nur zu Produktionsstillständen in der Stahlindustrie, sondern auch zu einem Einbruch der Industrieproduktion in Deutschland und der EU führen. Die Folgen für den Industriestandort Deutschland könnten daher langfristig belastend sein. Ökonomische Modelle, in denen Industrieanlagen beliebig schnell hoch- und runtergefahren werden, machen die Risiken eines solchen Schritts nicht wirklich deutlich.

Dazu Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl:

„Die Stahlindustrie in Deutschland unterstützt die Sanktionen gegen Russland. Der beispiellose Angriff auf den Frieden in Europa legt schonungslos offen, dass wir eine Energiepolitik brauchen, die jetzt rasch Abhängigkeiten reduziert und die Versorgungssicherheit stärker in den Blick nimmt. Ein Importstopp für Erdgaslieferungen aus Russland ohne gesicherte Alternativen würde jedoch die Unternehmen der Stahlindustrie in der jetzigen Situation dem Risiko von Zwangsabschaltungen aussetzen. Dies würde direkt zu Produktionsunterbrechungen, Kurzarbeit und gegebenenfalls Beschäftigungsverlusten führen. Zusätzliche massive Versorgungsprobleme bei den Stahlverarbeitern bis hin zu den Endkunden wären ebenso die Folge. In der Gesamtschau drohen dauerhafte Arbeitsplatzverluste und gravierende wirtschaftliche Schäden. Deshalb steht die Stahlindustrie hinter der verantwortungsvollen Politik von Bundesminister Habeck, die Versorgungssicherheit nicht durch ein Lieferverbot zu gefährden.“

Auch für die Transformation der Stahlindustrie hin zu einer klimaneutralen Produktion sind die Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft entscheidend. Dies wird jedoch Zeit brauchen. In der Übergangsphase ist die Stahlindustrie zwingend auf die kontinuierliche Versorgung auch mit Erdgas angewiesen, was bereits bei den neuen Produktionstechnologien zu einer deutlichen Senkung der CO₂-Emissionen führt.

Hintergrund:

Der Energieträger Erdgas spielt für die Stahlindustrie in Deutschland eine wichtige Rolle. In der Stahlindustrie werden jährlich circa 2,1 Milliarden Kubikmeter Erdgas verbraucht. In der Industrie sind es insgesamt 38 Milliarden Kubikmeter. Das Gas kommt als Brennstoff zur Temperaturerzeugung und als Reduktionsmittel in verschiedenen Schritten der Roheisen- und Stahlerzeugung sowie der Weiterverarbeitung zum Einsatz. Wirtschaftliche Alternativen sind mittelfristig vor dem Jahr 2030 bislang nicht absehbar.

Ansprechpartner: Klaus Schmidtke | +49 (0) 30 23 25 546-15 | klaus.schmidtke@wvstahl.de

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 85.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de.

Wirtschaftsvereinigung Stahl	Fon	+49 (0) 30 23 25 546-0	linked.in	www.linkedin.in/company/wirtschaftsvereinigungstahl
Französische Straße 8	Mail	presse@wvstahl.de	Twitter	www.twitter.com/stahl_online
10117 Berlin			Facebook	www.facebook.com/stahlonline